

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 1,20 Mark, vierteljährlich  
3,50 Mark, durch die Post 4,50 Mark  
einschließlich Zustellungsgebühr. Bei  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsvorverkauf unter  
Einschaltung der Postämter. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Verantwortung übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe. "Völkische Zeitung" gehalten.  
Zentral-Verwaltung Nr. 1140,  
der Postzeitung-Verwaltung Nr. 1142,  
der Zeitung-Verwaltung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4003.

Morgen-Ausgabe.

# Völkische Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 543.

Halle, Dienstag, den 19. November.

1918.

## Wilson und der Völkerbund.

Die Nationalversammlung soll noch nicht am 2. Februar zusammentreten. — Solf an Lansing.

### Wilson's Plan für den Völkerbund.

7. Köln, 18. Nov. (Privattelegramm.) Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, hat Präsident Wilson den Plan für einen Völkerbund entworfen. Er soll einen internationalen Bund stiftet, der sich mit Streitigkeiten befassen, sowie eine internationale Polizei vorsehen soll.

### Das Rätsel der Konstituante.

Nach gar keine Vorbereitungen getroffen.  
WTB. Berlin, 18. Nov. (Nachricht.) In den Morgenblättern vom 17. November fand die Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 2. Januar 1919 abgefragt werden und die Wahlen selbst am 2. Februar 1919 stattfinden würden. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftragten ist bis jetzt ein Entwurf zur Wahl der Konstituante noch nicht zur Beschlusfassung vorgelegt worden. Daß die Vorbereitung für die Konstituante jedoch nicht möglich in die Wege geleitet werden sollte, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.

### Der Streit um die Nationalversammlung.

Berlin, 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Weiter die Tatsachen, daß eine versammlungsbereite Nationalversammlung einberufen werden soll, beruht nurmehr bei dem Kaiser und dem Vorkriegsrat des Arbeiters- und Soldatenrates einseitig. Offen bleibt jedoch noch immer die Frage des Termins. Wie verfaßt, ist man einverstanden vor der Einberufung der Nationalversammlung noch einige wichtige sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen. Es soll sich dabei um Arbeiter- und Arbeiterinnenfragen handeln, und ebenso sollen alle großen industriellen Betriebe, die für die Sozialisierung erst entschieden in Staatsbesitz übergeben werden. Erwogen werden noch Maßnahmen auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens, die Sozialpolitik schon immer vorzuziehen hat, u. a. die Regelung der Erbschaftsteuerfragen. Von unabhängiger sozialdemokratischer Seite wird auch geltend gemacht, daß die Einberufung der Nationalversammlung schon deshalb nicht so leicht erfolgen könne, weil in den nächsten Monaten ein großer Teil der Bevölkerung noch stark lazarieren werde. Inzwischen muß die Verwaltung dem Arbeiter- und Soldatenrat provisorisch überlassen bleiben, eventuell kann ein Reichsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte gebildet werden.

### Neue Note Solfs an Lansing.

Haag, 18. Nov. (Privattelegramm.) Das holländische Neuwahl-Bureau berichtet, daß Staatssekretär Dr. Solf an Staatssekretär Lansing eine neue Note gerichtet hat. In dieser wird u. a. erklärt, daß es bei dem heutigen Stande des deutschen kollektiven Materials und bei dem kollektiven ungenügenden sein wird, eine auch in bescheidenen Grenzen geführte Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln länger zu stellen. Wir sind, heißt es in der Note, außerstande auch nur für eine Woche die Versorgung garantieren zu können und müssen, da die Beziehungen im Osten und Westen, Norden und Süden gleich bleiben, damit rechnen, daß in vielen Teilen des Reiches gleichzeitige Hungerepidemien als Folge der Transportmangel entstehen, deren Folgen unvorstellbar werden. Einlösch hat die Fortführung der Blockade, insbesondere in der Ostsee, zur Folge, daß sowohl die für unsere Industrie nötigen Transporte aus dem Norden wie die für Konsumgüter unentbehrlichen deutschen Ausfuhrtransporte ungenügend gemacht werden. Wir haben unsere Vertreter in Spaa angewiesen, unsere Wünsche mit den Vertretern der allierten Regierungen zu besprechen, haben aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Allierten keine Vollmacht zu haben scheinen. Wir bitten angesichts der drohenden Gefahr, uns möglichst schnell und einen Ort zu bestimmen, an dem unsere Vertreter mit bevollmächtigten Vertretern der anderen Regierungen zur Beratung der obigen Fragen zusammenkommen können. Da die Transportfrage zu Wasser und zu Lande sich als unlösbar erweist und die zurückbleibenden Truppen-Depositionen aufzulösen drohen, bitten wir seine Zeit zu verleihe, damit wir inländisch, die Blockade noch außerdem erhaltene Ordnung auch rechtlich aufrecht erhalten zu können.

### Kußland gegen die Regierung Ebert.

Es soll eine Regierung Liebknecht gebildet werden.  
WTB. Berlin, 18. Nov. Der von der deutschen Presse erwähnte Juniprogramm der russischen Regierung an die deutschen Arbeiter, Soldaten- und Matrosenregimente, worin sie zu bestimmten Beschlüssen und zur Bildung einer Regierung Liebknecht

auffordert, lautet in seinem maßgebenden Text folgendermaßen:

„Soldaten und Matrosen, gebt die Waffen nicht aus der Hand. Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht über alles zu übernehmen und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine National-Versammlung ausschwehen.“

In jüngster Regierungssitzung ist man der Ansicht, daß dieser Aufruf eine unbedachte Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse bedeutet und außerdem eine Klarstellung des Standpunktes erfordert, den die russische Sowjetregierung gegenüber der deutschen Volksregierung einnimmt. Das deutsch-völkische Volk will mit allen Mitteln in Frieden leben, also auch mit den Sowjets Rufstads. Es kann aber verlangen, daß sein Recht auf Selbstbestimmung seiner nationalen Verhältnisse allerorts beachtet wird, und daß eine Einmischung von außen her unterbleibe.

### Sächsischen Unabhängige gegen Einberufung der Konstituante.

WTB. Dresden, 18. Nov. Heute tagte im Ständehaus zu Dresden ein Kongreß der Parteivertreter der unabhängigen Sozialdemokratischen Sachsen. Sie nahen zunächst Stellung zur allseitigen politischen Lage nebst die Fragen der Konstituante und der Einberufung der Nationalversammlung eingehend besprochen wurden. Beschlüsse wurden: 1. beim Parteivorstand die sofortige Einberufung eines Parteikongresses zu beantragen und ihm die Auffassung der sächsischen Vertreter mitteilen, daß die Frage der Einberufung der Konstituante gegenwärtig nicht für spruchreif seien; 2. daß Schritte des Parteivorstandes zur Einberufung der Nationalversammlung für unzulässig notwendig gehalten werden; 3. daß die Resolution für die unabhängigen Sozialdemokraten mit allen Kräften geführt werden muß.

### Kampfansage gegen die Berliner Regierung.

Amnagade 5. Gewalt.  
r. Köln, 18. Nov. (Privattelegramm.) Der Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen hat eine Kampfansage an die Regierung in Berlin erlassen. Er hat ihre folgende Erklärung ausgesandt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat erhebt Einspruch dagegen, daß die Reichsregierung die Volksgewalt der Arbeiter wieder erheben will. Der Zusammenbruch des alten Systems hat dieses erhebt. Eine Regierung, die Hand in Hand mit den Trümmern des alten Systems arbeitet, hat ihr Urteil selbst gesprochen. Wir bekämpfen die als Feind der neuen Gewalt der Soldaten und Arbeiter. Das Parlament ist aufgelöst. Die darauf ruhende Regierung hat keine Machtbefugnisse mehr. Die öffentlichen Soldaten- und Arbeiterkräfte haben die Gewalt und werden diese auch gegen die anmaßende Gewalt der Regierung Ebert - Hohe durchsetzen, solange diese bürgerrückende Politik treiben und keine sozialistische.

### Das Schicksal Elßaß-Lothringens.

Eingegangene Zeitungen.  
r. Köln, 18. Nov. (Privattelegramm.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Straßburg: Dem Straßburger Soldatenrat ist folgendes Telegramm der Reichsregierung zugegangen: Die Befreiung Elßaß-Lothringens durch den Verband präjudiziert nicht die Lösung der elßaß-lothringischen Frage nach der völkerrückenden Grundbesitz der Selbstbestimmung der Völkern. Ebert Saale.  
In Mülhausen hat die sozialdemokratische „Mülhauser Volkszeitung“, in Metz haben die „Metzer Zeitung“, die „Lothringener Zeitung“ und die „Gazette de Lorraime“ die Entscheidungen eingestellt.

### Das Vorrücken der Franzosen.

Farbige Truppen bei der Besatzungsarmee.  
Eifel 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Französische Truppen sind Freitag vormittag 12 Uhr in Mülhausen einmarchiert. Der Einzug war feierlich. Es sind drei Infanterie-Regimenter mit Artillerie und Hilfstruppen der 68. Infanterie-Division eingemärscht. Eine Abordnung des Gemeinderates Mülhausen ist den französischen Truppen entgegengefahren.

**Angeligen**  
weid. d. 7. gest. 38 mm br. Kolonial-  
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.  
Lohnzeit u. in anderen Annoncen-  
stellen u. allen Anzeigenstellen  
angenehm. Reklamen die 22 mm  
breite Zeile 1,20 Mkt. Auszuge-  
Anzahlberechnung vom 11. Uhr,  
für die Sonntagsblätter, ebenfalls  
6 Mkt. Abbildungen, soweit zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen  
Erläuterungen: Soli. Erlös  
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-  
teil u. Haupt-Geschäftsstelle Halle,  
Kornbrunnstraße 16, Dr. Braun-  
haus, 17. Neben-Geschäftsstelle,  
Markt 20 und Große Ulrichstr. 52

gegengelassen. Die Mülhauser Bevölkerung soll die ein-  
geführten französischen Truppen jubelnd empfangen haben.  
Der Einzug der französischen Truppen in Metz erfolgte  
heute. Eine Abordnung von Colmar ist gestern nacht bis  
Germantier entgegengefahren, um mit den französischen Kom-  
mandanten Verbindung zu nehmen. Heute vormittag 10 Uhr  
marschierte eine französische Abteilung durch Colmar, von  
der ein Infanterie-Regiment zur Verfügung des Stadtverwal-  
ters. Der Einzug erfolgte auf dem Marschfeldern. Unter  
den 20 000 ammarschierenden Truppen befand sich auch ein  
farbiges Regiment. Die Wächter von Metz und  
Straßburg, die vormaligen Nationalisten sind, müssen ihren  
früheren kirchlichen Dienst auf Befehl der französischen  
Regierung aufheben.

### Poincaré gegen eine Volksabstimmung über Elßaß-Lothringen.

k. Hamburg, 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der  
„Hamb. Anzeiger“ meldet aus Paris: Poincaré hielt gestern an  
der Straßburger Station in Paris eine Rede, in der er sich gegen  
eine Volksabstimmung über Elßaß-Lothringen wandte. Er  
legte, eine solche Abstimmung würde ein falsches Bild geben,  
das wir nicht anerkennen können, denn wir haben ein un-  
veräußerliches Recht auf diese Provinz.  
Frieden haben sich die französischen Familien Elßaß-Lothringens  
verlassen. Poincaré glaubt nicht, daß aus der Wilson'schen  
Grundlage über die Zukunft der Provinz entschieden werden  
kann.

### Die ungeborgene Ernte.

WTB. Berlin, 18. Nov. Nach viele hunderttausend Zentner  
Sojafeldern, Kartoffeln und Rüben sind im Boden, weil aus-  
reichende Arbeitskräfte zum Herausnehmen fehlen. Werden  
diese Felder nicht geerntet, verdirbt sie der Frost.  
Das darf nicht geschehen, denn das wäre ein unersetzlicher  
Verlust für unsere ohnehin schwer geschädigte Volksernährung.  
Es ergreift daher alle Arbeiter- und Bauernräte, sowie  
alle Behörden die dringende Stellung, überall dort, wo noch  
Arbeitskräfte vorhanden sind, bei den Truppen und unter den  
Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts durch  
Bemittelung der öffentlichen Arbeitsnachweise sofort die Arbeits-  
kräfte anzubringen, die erforderlich sind, die Ernte schnellstens  
zu vollenden.  
Die Bauernräte, die noch Arbeitskräfte im Feld haben, sind  
verpflichtet, von den nächstgelegenen Truppenteilen und Be-  
hörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zulassung eines  
angemessenen, die heutigen Lebensmittelverhältnisse berücksich-  
tigenden Lohnes schnellstens anzubringen.  
Sind sie darin unfähig oder überfordert die Ernte durch die  
Belagerung, einen angemessenen Lohn zu zahlen, so müssen die  
Behörden geeignete Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die Feld-  
früchte vor dem Verderben zu bewahren.  
Berlin, 18. November 1918.

Für das Kriegsernährungsamt:  
Baur.  
Für das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten:  
Braun, Hofer.  
Für das Ministerium des Innern:  
Dr. Breitschmid, Hirsch.

### Die Bezahlung der Soldaten.

WTB. Berlin, 18. Nov. Verordnung 1. Mann-  
schaften, die während Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen  
werden sie weiter beschäftigt, sind für freie Zivilarbeiter und  
als solche zu behandeln. 2. Mannschaften, die vorübergehend  
zu Arbeitsleistungen, die sonst Zivilarbeiter verrichten, heran-  
gezogen werden, erhalten jede Arbeitsstunde 50 Pfennig Zu-  
lage, 3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderen Sicher-  
heitsdienst über ihren Entlassungstag hinaus mit zeitweiliger  
Kümmerspflicht verpflichten, können für diesen Dienst ange-  
nommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monat-  
liche Zulage von 30 Mark und eine tägliche Zulage von 5 M.  
als Führer und 3 Mark als Mann. 4. Die Mannschaften be-  
ziehen, solange sie mobil sind, mobile Zulage, soweit sie im-  
mobil sind, immobile Zulage, jedoch Getreide und Mannschaf-  
ten monatlich 30 Mark.  
Der Rat der Volksbeauftragten.  
Ebert, Hanke, Eichelmann, Dittmann, Landsberg, Borff,  
Der Vollzugsrat des Ausschusses des Arbeiter- u. Soldatenrates,  
Mollenhuth, Rich Müller.

### 50 Mark Entlohnungsgeißel.

WTB. Berlin, 18. Nov. Entlohnungen in der Marine.  
Lebermann, der ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark  
Entlohnungsgeißel.  
ges. Ritter von Mann, Roggheer.







# PROSPEKT

über

## nom. Mark 4 000 000,— neue Aktien

# Anhaltische Kohlenwerke

zu Halle a. S.

4000 Stück über je Mark 1000,— Nr. 9501—13 500.

Die Aktiengesellschaft Anhaltische Kohlenwerke ist im Jahre 1891 errichtet und hat ihren Sitz in Halle a. S. Die Gesellschaft unterhält Zweigdirektionen in Reppitz und Groß-Räschen, Bezirk des Königl. Preussischen Amtsgerichts Seitenberg N.-L. Der Zweck der Gesellschaft ist die Erwerbung, Ausbeutung und der Betrieb von Braunkohlenwerken, die Herstellung und Verwertung von Fabrikaten aus Braunkohlen, sowie der Erwerb, die Errichtung und der Betrieb aller industriellen Anlagen und Handelsgeschäfte, die sich dem Betrieb von Braunkohlenwerken annehmen.

Die Gesellschaft besitzt und betreibt:

1. Das Braunkohlenbergwerk Grube Ludwig bei Frose I. und eine Wasserversorgungsanlage, Gleisanschluss zur Station Frose.

Der Betrieb des Bergbaues und der Tagesanlagen ist am 1. April 1913 an die benachbarte Gewerkschaft Concorda zu Nachterstedt pachweise übergegangen, der Pachtvertrag hat eine Dauer von 25 Jahren. Bei seiner Beendigung wird diese Gewerkschaft sämtliche Pachtobjekte zum Kaufpreise von Mk. 150 000 in Eigentum übernehmen. Ausgenommen von der Pachtung sowie der Eigentumsübertragung, bis ist ein Teil des Bergwerksbesitzes und die von der Gesellschaft betriebene Wasserversorgungsanlage, sowie ein im Dorfe gelegenes Hausgrundstück.

Das Braunkohlenbergwerk Marie I bei Reppitz. Die Ausbeutung erfolgt durch Tagebau und Teufbau. Gleisanschluss an die Station Seitenberg N.-L.

Das Braunkohlenbergwerk Marie II bei Klein-Räschen. Die Ausbeutung erfolgt durch Tagebau. Das Werk besitzt Gleisanschluss an die Station Groß-Räschen durch eine Verbindung mit dem Gleis der Grube Victoria.

Das Braunkohlenbergwerk Marie III bei Seitz und Seiffenberge. Die Anlage wird durch Tagebau ausgebeutet. Eine elektrische Normbahn-Verbindung steht zwischen dem Werk Marie I und Marie III Zentrale und Marie III Erzkohlfabrik. Gleisanschluss besteht an die Station Seitenberg N.-L.

Das Braunkohlenbergwerk Elisabeth bei Mächeln. Der Gleisanschluss besteht an die Station Mächeln, Bez. Halle.

Der Grundbesitz der Gesellschaft einschließlich der eigenen Kohlenfelder beträgt rund 2200 ha.

In den 6 Erzkohlfabriken mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von zusammen 1 000 000 t werden 15 Pressen betrieben. Die Gesellschaft gehört mit ihren Braunkohlenwerken Marie I, II und III der Neuländischen Erzkohlsyndikats-Gesellschaft m. H. in Berlin an, deren Dauer bis zum 31. März 1918 festgesetzt ist. Zweck des Syndikats ist der Vertrieb der Erzkohlsyndikats seiner Mitglieder. Den Vertrieb der eigenen Bergwerkszeugnisse hat sie der „Verkaufsgesellschaft der Anhaltischen Kohlenwerke“ und „Grube Leopold A.-G.“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Halle (Saale) übertragen, an der sie beteiligt ist. Die Gesamtgesellschaft beträgt etwa 2200 Mann.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich Mark 2 000 000,— und ist am 1. Januar 1914 auf Mark 9 000 000,— erhöht worden. Durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 22. Januar 1913 wurde das Grundkapital durch Ausgabe von 4000 neuen auf den Inhaber lautenden, von 1. Januar 1913 ab dividendenberechtigten Aktien zu je Mk. 1000,— nom. Mk. 4 000 000,— vergrößert, welche den alten Stammaktien gleichberechtigt sind, erhoben. Diese Kapitalerhöhung erfolgte zum Zweck der Übernahme des Vermögens der Zechen-Kriebitzscher Kohlenwerke „Gleikauf“, Aktiengesellschaft in Zechau, als Ganzes unter Ausschluss der Liquidation.

Von den Mk. 4 000 000,— neuen Aktien wurde ein Teil (betragend Mk. 2 000 000,— Aktien zum Umfange Mk. 7 000 000,— Aktien der Zechen-Kriebitzscher Kohlenwerke „Gleikauf“, Aktiengesellschaft, bestimmt.

Die verbleibenden Mk. 2 000 000,— Aktien wurden von einem Konsortium zum Kurse von 200 % übernommen und den Aktionären der Anhaltischen Kohlenwerke zum Kurse von 216 % mit der Maßgabe zum Bezuge angeboten, daß auf je nom. Mark 15 000,— alte Aktien nom. Mk. 2000,— neue Aktien mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1913 ab entfallen.

Das bei der Kapitalerhöhung erzielte Aufgeld von Mark 1 200 000,— ist nach Abzug sämtlicher hierbei entstandener Kosten der gesetzlich Reserve zugelführt worden.

Das Grundkapital beträgt nunmehr Mk. 13 000 000,— eingeteilt in:

Mk. 10 000 000,— Stammaktien (davon 5000 Stück zu je Mk. 300,— Nr. 1—5000 und 8500 Stück zu je Mk. 1000,— Nr. 5001—13 500)

Mk. 3 000 000,— Vorkursaktien (3000 Stück zu je Mark 1000,— Nr. 1—3000)

Sämtliche Aktien und Vorkursaktien laufen auf den Inhaber und tragen die nachgebildeten Unterschriften je eines Mitgliedes des Vorstandes und des Aufsichtsrates und die handschriftliche eines Kontrollbeamten.

Die Vorkursaktien haben vor den Stammaktien den Anspruch an der Reingewinn von 6 % ihres Nennwertes im Verzehntel, daß erst nach Zahlung von 6 % an diese 3000 Aktien der weitere Reingewinn zur Verteilung einer Dividende auf die jeweilig vorhandenen nicht bevorrechtigten Aktien verwendet wird. Sollte in einem Jahre auf die bevorrechtigten Aktien ein Reingewinn von 6 % nicht entfallen, so ist der Fehlbetrag aus dem Reingewinn späterer Jahre nachzuführen, und zwar gegen Anshändigung des Dividendenscheines für dasjenige Jahr, aus dessen Reingewinn die Nachzahlung erfolgt. Sie werden für alle einer Liquidation der Gesellschaft vorzuzugewiesen derart befriedigt, daß zunächst die vollen Nennwert nebst etwaigen Dividendenforderungen aus den Vorjahren und 6 % Zinsen vom Beginn des Jahres, in welchem die Liquidation beginnt, bis zur Einlösung nebst einem Aufgeld von 15 % des Nennwertes erhalten. Die Vorkursaktien können von der Gesellschaft vom Jahre 1910 an ganz oder teilweise durch Ankauf oder Verlosung zu 115 % zurückgezahlt werden. Die Einlösung erfolgt auf Grund eines gemäß § 283 des Handelsgesetzbuchs zu fassenden Beschlusses der Generalversammlung betreffend die Herabsetzung des Grundkapitals. Werden nicht sämtliche Vorkursaktien auf einmal einbezahlt, so sind die zur Einlösung gelangenden Nummern durch Verlosung zu bestimmen.

Den Aufsichtsrat bilden gegenwärtig die Herren: Geheimrat Dr. jur. h. c. et Dr.-Ing. Otto Beutler, Dr.-Ing. Dresden, Vorsitzender; Barthold Arons, vom Bankhaus Arons & Walter, Berlin, stellvertretender Vorsitzender; Dr. phil. A. Forcke, Weru-gerode, Holz-Bankier; Georg Heilitz, I. Fa. N. Heilitz & Co., Berlin; Konrad Walter Bild, Direktor der Dresner Credit-Anstalt, Dortmund; Privatmann Carl Hofeder, Werngerode; Bergwerksdirektor Franz Johann, Halle a. S.; Bergassessor a. D. Th. Quahl, Berlin; Alfred Weinschenk, vom Bankhaus Bass & Herz, Frankfurt a. M.; Kgl. spanischer Generalkonsul Eugen Landau, Berlin; Dr. Julius Baumann, Direktor der Rositzer Zucker-Raffinerie, Rositz S.-A.; Geh. Reg.-Rat Richard Wittig, Berlin. Die Aufsichtsratsmitglieder ermitteln neben dem Ersatz der Auslagen, welche durch ihre Tätigkeit entstanden sind, und neben ihrem weiteren nützlich erwählten Gemeinnutzen als Jahresveräußerung insgesamt Mk. 30 000,— zu Lasten der Unkosten.

Der Vorstand der Gesellschaft besteht zurzeit aus den Herren: Generaldirektor Konrad Flatschek zu Halle a. S. und den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern und Abteilungsdirektoren Heinrich Schenk, Seitenberg N.-L.; Paul Labmann, Mersburg; Ludwig Albracht, Halle a. S., und Rudolf Ullrich, Zechau S.-A.

Die ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft findet in Halle a. S., Berlin, Frose I. oder an Achersehen statt. In der Generalversammlung gewährt jede Aktie zu Mk. 300,— drei Stimmen. Jede Aktie oder jede Vorkursaktie zu Mk. 1000,— zehn Stimmen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Der bilanzmäßige Reingewinn des Geschäftsjahres ist wie folgt zu verwenden:

1. Der zwanzigste Teil ist dem Reservefonds, der nicht besonders angelegt ist, und ein Teil der Betriebsmittel widmet, so lange zuzuführen, bis der zehnte Teil des Grund-

kapitals erreicht bzw. wieder erreicht hat, wenn er in Anspruch genommen war.

2. Für etwaige Rücklagen.
3. Für Vorstand und Beamte die vertragsmäßigen Tantiemen.
4. Dividende für die Vorkursaktien bis zu 6 % und etwaige rückständige Dividende.
5. Dividende für die Aktien bis zu 4 %.
6. Von dem abdann verbleibenden Gewinnbetrage 10 % Tantieme für den Aufsichtsrat.
7. Der Rest wird, soweit er nicht auf neue Rechnung vorgezogen, als weitere Dividende auf die nicht bevorrechtigten Aktien verteilt.

Die Auszahlung der Gewinnanteile, die Ausgabe neuer Gewinnanteile, die Auszahlung von Hauptstücken, die Hinterlegung von Aktien zwecks Teilnahme an der Generalversammlung, sowie die Zwangsweise von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktieninhaber betreffenden Maßnahmen erfolgen kostenfrei außer bei der Gesellschaftskasse in Halle a. S. in Berlin bei der Dresdener Bank, Deutschen Bank, Commerz- und Disconto-Bank, Nationalbank für Deutschland, dem Bankhaus Gebrüder Arons, Arons & Walter, N. Heilitz & Co.; in Essen bei der Kasseler Creditanstalt und bei deren sämtlichen Zweigstellen; in Dortmund bei der Dresdener Bank, Filiale Dortmund; in Frankfurt a. M. bei der Dresdener Bank und bei dem Bankhaus Baß & Herz; in Wernigerode bei der Wernigeröder Bank, Filiale der Mitteldeutschen Privatbank, Aktiengesellschaft.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger. Die Gesellschaft verpflichtet sich, dieselben in mindestens zwei Berliner Tageszeitungen außerdem zu veröffentlichen. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1917 stellen sich wie folgt:

Aktiva		Bilanz für 1917.		Passiva	
Grubenfelder	Zugang 65 241 50	Abnahme	5 270 189	Aktien-Kapital:	
Ackergrundstücke	259 834	38 435	730 21	a) Vorkursaktien	3 000 000
Baubahn	81 629	326 54	290 581	b) Stammaktien	3 000 000
Gruben-Gebäude	17 451	156 186		Anleihe I, 3/4 von 1908	704 000
Gruben-Maschinen u. Geräte	16 805	78 07	4 0 631	„ II, 4/4 „ 1909	1 750 000
Brikett-Abrieb-Übehä.	Abg. 237 65 60	215 405 40	1 939 91	„ III, 4/4 „ 1910	2 560 000
Brikett-Maschinen u. Geräte	18 515 10	600 877 10	2 003 506	davon noch nicht bezogen	1 472 500
Planen				Reservefonds	1 110 213 29
Wohngebäude	464 176	73 394	1 496 910	Werkzeugen- und Unter-	
Tagebau	Abg. 008 1 65			statungsgesellen	8 631 82
Abram-Geräte		48 636	194 14	Dalkreuzer	43 234 73
Werkstat		5 551	22 204	Birgshaf	28 000
Friede				Bestand der A. K. W. Rhein-	386 000
Werbau		43 000	21 500	gebalskasse	117 880
Fuhrzeug				Aktive-Zinsen-Rückstand	42 561 25
Motoren und Geräte				Ursachen im:	
Elektrische Anlagen	Abg. 4 180	1 7 730	710 922	a) auf Stammaktien	700
zweites	Abg. 6 3 36		33 845	b) Vorkursaktien	830
Zugeln		9 887	61 538	Unfallversicherung	36 107 52
Ziehlein-Maschinen u. Geräte		3 432	13 740	Hypotheken u. Pfandbriefgelder	2 760 973 54
Beteiligungen:				editio-Korrent-Gläubiger	2 058 001 55
a) einlicher Brikett-				Gewinn und Verlust	
Syndikat	M. 112 590			Gewinn-Vortrag aus 1916	108 916 07
b) so stige	1 927	23 000	371 777	Reingewinn in 1917	1 508 531 73
Bürgschaft				Reservefonds (mit der ge-	1 617 447 80
Vermögen der A. K. W. Rhein-				setzten Höhe überzeichneten)	
genossenschaft				Gewinnanteile und Ver-	
Konto-Korrent				stungen	326 627 87
a) Bankguthaben				Dividende:	
b) sonstige	M. 1 180 610 36			6% auf Vorkursaktien	
Kasse	seewaldner	1 291 191 57	2 982 10 92	13% auf	
Werpapier			56 049 58	stammaktien	2 050 000
Konsole, Schatzgegenstände				Ueberweisung an die A. K.	
und Reichsanleihe				W. Rheingebirgsbau	300 000
Warenbestand				Gewinn-Vortrag auf 1916	110 819 38
Materialienbestände					
	49 883 51	1 08 908	30 892 413 45		

\*) darunter Vergütungen für den Aufsichtsrat M. 110 546 67

### Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1917.

Haben		Haben	
Anleihe-Zinsen	101 033 70	Gewinn-Vortrag aus 1916	108 916 07
Abschreibungen für 19 7	1 549 808	Verchiedene Einnahmen	30 229 78
Silanz-Konto Gewinn	1 710 841 75	Betriebs-Gewinn**)	3 188 6 2 70
	1 617 447 80		3 328 288 52
	3 328 288 52		

\*\* Handelsunkosten insgesamt M. 425 766 96. Steuern und öffentliche Lasten M. 990 485 45.

Die Gesellschaft hat an Dividenden verteilt:

Dividendenberechtigtes		Dividendenberechtigtes	
Grundkapital	Stammaktien	Div.	Vorkursaktien
1913 Mk. 8 000 000	Mk. 5 000 000	10 %	Mk. 3 000 000
1914 " 9 000 000	" 6 000 000	8 %	" 3 000 000
1915 " 9 000 000	" 6 000 000	9 %	" 3 000 000
1916 " 9 000 000	" 6 000 000	11 %	" 3 000 000
1917 " 9 000 000	" 6 000 000	13 %	" 3 000 000

Die Gesellschaft hat im Jahre 1895 nom. Mk. 1 600 000,— 4 % hypothetisch sicher gestellte Teilschuldverschreibungen ausgegeben, die seit dem Jahre 1900 im Wege jährlicher Verlosungen von je Mk. 72 000,— zum Nennwert getilgt werden. Die Gesellschaft hat die Tilgung beliebiger vorräufiger von der Anleihe stad zurzeit noch Mk. 504 000,— im Umlauf.

Im Jahre 1906 hat die Gesellschaft nom. Mk. 2 000 000,— 4 % hypothetisch sicher gestellte, so pari einsetzbare Teilschuldverschreibungen ausgegeben, die nach dem festgesetzten Til-

gungplan in der Zeit vom Jahre 1913 bis 1933 zu tilgen sind. Die Gesellschaft kann auch bei dieser Anleihe die Tilgung beliebig verstärken. Von dieser Anleihe sind noch Mk. 1 750 000,— im Umlauf.

Zur Sicherheit dieser Anleihen ist Sicherungshypothek gestellt in Höhe von Mk. 1 900 000,— bzw. Mk. 2 100 000,— auf dem zu den Bergwerken Grube Ludwig, Marie I, II und III gehörigen Grund- und Bergwerks-Eigentum der Gesellschaft, eingetragen beim Herzoglich Anhaltischen Amtsgericht zu Ballenstedt und dem Königlich Preussischen Amtsgericht zu Seitenberg N.-L.

Im Jahre 1910 hat die Gesellschaft eine Anleihe in Form von Mk. 3 000 000 4 1/2 % hypothetisch sicher gestellter Teilschuldverschreibungen — welche vom 1. Juli 1917 ab bis spätestens zum Jahre 1941 zu 105 % einlösbar sind — aufgenommen. Vom Jahre 1917 ab kann die Gesellschaft die Tilgung beliebiger verstärken. Als Sicherheit für diese Anleihe hat sie eine erhaltene Sicherungshypothek, eingetragen auf dem Grund- und Bergwerks-Eigentum der Gesellschaft bei Mächeln, Rez.-Bez. Mersburg (Grube Elisabeth), mit Ausschluß von 18 1/2 ha subalternen Fortwäschung untersteht.





des Kohlenfeldes und des Betriebsbannes liegender Parzellen. Von dieser Anlage befinden sich noch Teilerschuldverbindungen in Höhe von Mk. 1.472.500.— im Besitz der Gesellschaft und Mk. 1.477.500.— im Umlauf.

Die Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke „Glückauf“ Aktiengesellschaft wurde am Grundförmigen Vermögensaufstellung vom 30. November 1917 abgerollt.

Diese Übernahme erfolgte, weil der Zuwachs der Erwerberin eine willkommene Verstärkung ihrer eigenen Erzeugungsanlagen bringt. Die bei der Übernahme erzielten Buchgewinne werden zur D. Dividendenverteilung nicht verwendet werden.

Bilanz	
Kohlenfelder-Abbaurechte	420 176 21
Grundstücke mit Wohngebäude	389 377 80
Schacht-Anlagen und Streckenbau	519 000 11
Gruben-Gebäude	1 045 140 51
Brikettfabriken-Gebäude	625 214 99
Brikett-Ascheln	473 386 28
Brikett-Ascheln-Maschinen	881 643 49
Ascheln-Anlagen	173 000 00
Kess-Anlagen	297 487 91
Drahtseilbahn über Tag (Atemmaterial)	500 —
Seilbahn n. unter Tage	67 363 39
Abraumgeräte	572 86 90
Tagebau-Abdeckkosten	987 107 05
Elektrische Anlagen	357 954 53
Inventaren	127 24 71
Grubenschienenmaterial	64 039 48
Eisenbahn-Material	340 713 45
Wasserleitungs-Anlagen	15 064 45
Au ombau und Geschirre	4 038 77
Kohlenbagger	58 629 76
Elektr. Zentrale, Getriebe, auch Ueberlandzentrale	125 011 3
Schacht, Gebäude	270 309 03
desgl. Maschinen	26 454 79
Elektrische Leitungsanlagen	56 118 09
Eisenbahn	30 358 21
Kasse	30 358 21
Beteiligung an Elektr. Ind. u. Genossenschaft Osterland e. V. m. B. H.	20 000 —
desgl. Brikettverkaufsgesellschaft Meuselwitz e. V. m. B. H. 20% von Mk. 39 400.—	8 850 —
Dampfgenerator-Gesellschaft e. V. m. B. H.	9 300 —
Vorräte (Briketts, Prasstitone)	6 2 61
Betriebs-Materialien	288 847 03
Kriegsgefangenenlager (Einrichtungen u. Vorräte)	130 047 72
Ausstehende Forderungen	148 157 17
	13 289 450 72

Schulden	
Aktienkapital	7 000 000 —
Reservefonds	3 675 68 —
Obligationen Anleihe I	849 000 —
„ II	850 000 —
„ III	730 000 —
Hypotheken	104 000 —
Obligationen-Zinsen-Rückstände	1 391 25 —
„ Zinsen-Rückstände	48 240 —
„ Zinsen-Rückstände	540 —
Guthaben der Aktiendeckler und Vorbesitzer der früheren Braunk.-A.-G. „Grube Ernst“ und „Union“	4 175 68 —
Aktien-Aufgeld, Rest von 1913	29 914 —
Lo rücke an	23 02 80
Brandsanlag. Ida-Schacht 1917	200 442 21
Bauschulden und Akzepten	3 747 838 12
	13 289 450 72

Mit Ausnahme des Geschäftsjahres 1913, in dem eine Dividende von 2% zur Auszahlung gelangte, hat die Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke „Glückauf“ Aktiengesellschaft in den letzten 5 Jahren eine Gewinnverteilung nicht vorgenommen. In den letzten Jahren vor dem Kriege konnte die Gesellschaft infolge der außerordentlich starken Konkurrenz, die in Mitteleuropa herrschte, sowie infolge der sich daraus ergebenden schlechten Preise wenig oder gar nichts verdienen. In den ersten Kriegsjahren war die Leistung der Briketts infolge starker Erhöhung der Brikettqualität erheblich zurückgegangen. Doch ist es gelungen, nach und nach diese Leistung wieder zu steigern, so daß die Werke zurzeit zufriedenstellend arbeiten.

Die Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke „Glückauf“ Aktiengesellschaft hat im Jahre 1904 eine Anleihe I von Mk. 1.500.000.— und im Jahre 1908 eine Anleihe II von Mk. 20.000.— aufgenommen. Beide Anleihen sind mit 4% jährlich verzinslich, mit 10% rückzahlbar und auf dem Immobilien- und Kohlenfelder- und hypothekarisch gesichert. Die Tilgung beider Anleihen geschieht im Wege der Auslosung. Tilgungsspläne bei der ersten ab 1907 innerhalb 25 Jahren, bei der zweiten ab 1912 innerhalb 24 Jahren. Von der Anleihe I sind inzwischen Mark 600.000.—, von der Anleihe II Mk. 270.000.— zurückgezahlt worden.

Die frühere Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft „Union“ hat im Jahre 1894 eine Anleihe von Mk. 300.000.— aufgenommen, die gesondert mit 4% — ursprünglich mit 5% — verzinslich und hypothekarisch gesichert ist. Die Tilgung erfolgt durch Auslosung, und zwar ab 1895 bis einschließlich 1920 zum Nennwert. Inzwischen sind von dieser Anleihe Mk. 427.000.— zurückgezahlt worden.

Von den auf den Grundstücken der Gesellschaft lastenden Hypotheken im Gesamtbetrage von Mk. 104.000.— sind Mark 7000.— mit 4%, 68.000.— mit 4% und Mk. 200.000.— mit 5% verzinslich. Die Kündigungsfrist beträgt für Mk. 35.500.— 1/2 Jahr und für Mk. 68.500.— 1/4 Jahr.

Bei den Anhaltischen Kohlenwerken hat der Umsatz des letzten Jahres den des Vorjahres bis überaus überstiegen. Wenn nicht in vorübergehende Verhältnisse übertritten, kann voraussichtlich der gleichen Dividende gerechnet werden.

Halle a. S., im Oktober 1918.

**Anhaltische Kohlenwerke.**  
**Arons & Walter, N. Hefft & Co., Bass & Herz.**

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind **nom. M. 4 000 000.— neue Aktien der Aktiengesellschaft Anhaltische Kohlenwerke in Halle a. S.** am Handel und zur Notierung an der Berliner Börse zugelassen worden.  
 Berlin, Dortmund, Frankfurt a. M., im Okt. 1918.

**Dresdner Bank, Commerz- und Disconto-Bank, Nationalbank für Deutschland, Gebrüder Arons, Arons & Walter, N. Hefft & Co., Essener Credit-Anstalt, Bass & Herz.**

**Stadtverordneten-Sitzung.**  
 Halle, den 18. November.  
 Die Verhandlungen leitete Herr Vorsteher Magistrat Dr. Reil mit einer kurzen Ansprache ein:  
 „Zeit der letzten Sitzung haben wir gemeinsame Ereignisse in unserem Vaterlande erlebt. Wir mögen sie mit Freude begrüßen oder mögen sie trauernd beklagen. Wichtig ist es, unter eigener Einsicht zu befragen und uns auf den Boden der Tatsachen zu stellen für Ruhe und Ordnung zu sorgen und lohnendes Gland, das über unser Volk noch kommen könnte, zu verhindern. Dem Vorkämpfer und Soldatenrat danke ich namentlich der Bürgerzeitung, daß er bisher verstanden hat, viele uns in nötige Ruhe und Ordnung zu erhalten, und daß er gemäßlich im gleichen Sinne sich zu betätigen, bis die Nationalversammlung die endgültige Regelung der Dinge bringt. Was dahin haben nach Überwindung der Regierung auch die Stadtverordnungen ihres Amtes zu walten. So sollen denn auch von uns in bisheriger Weise die Gehaltsverordnungen möglichst weitergeführt werden.“

Grundrissen herankommende Programm der Partei wird in der nächsten Zeit bekanntgegeben. Es folgen die Namen Herfeld, Pfeil, Vorhmann, Adams, Balle, Blumentritt, Reicher, Gies, Grabhand, Manschmann, Reil, Georg, Schlegel, Schaarf, Spröte, Schütz, Winter, Kärnel und Daniel, alle 19 Mann.  
 Namentlich erhält Herr Ein Hof des Wort (Hallischer Bürgerzeitung) im namens seiner Freunde folgende Erfahrungen abzugeben:  
 „Wir behaupten, daß durch das Vorgehen der Fortschrittlichen Volkspartei die jetzt so dringende notwendige Einheitsfront nicht wird, wir hätten erachtet, daß man einen Versuch der Einleitung nicht ohne Zuziehung aller bürgerlichen Stadtverordneten gemacht hätte.“

Ich habe bereits mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats gesprochen, die sich sehr zu unseren Gunsten einzuwenden haben. Der Krieg ist zu Ende, die Spezialkommission werden nicht mehr in dem vollen Umfang gebraucht. Der Mann das Reich der Verfassung zurückgeführt werden. Auch in Halberstadt fallen unangenehm so geringe Rinderbestände ausgeführt sein (15—20 000 Stück), daß sie nicht alle für die Veranschlagung rechnet werden könnten. Also wollen wir sofort handeln, die Bevölkerung wird aber einen solchen Schritt hochförmlich sein und gebietet wird, daß wir auch nicht an. Erfolge gemäß wird in in den nächsten Wochen im Frühjahr das so viel Reich zur Erlösung gebracht wie in normalen Zeiten.  
 Herr Stadtrat Kinnert: Die Behörde sind nicht herrenlos, sie gehören der Staatsverwaltung, die noch immer auf unserem Gebietes bestehen. Am Donnerstag ist allerdings in Folge ungelinder Kolonialpolitik eine Sitzung eingetreten, am Freitag und Samstag sind aber wieder große Mengen verarbeiteten worden. Verderben darf natürlich nicht. Als Stadtverwaltung sind wir aber nicht in der Lage hier die Behörde zu verlegen. Das tut die Heeresverwaltung.  
 Herr Vorsteher Reil: Wenn es Landtag ist, daß wir hier auf dem Schicksal der Arbeiter haben, während wir in der Stadt Mangel leiden, dann mögen schließlich Verhandlungen im Sinne des Antrages geführt werden. Der Antrag selbst ist gar nicht weiter, es darf wir in der Sache selbst nicht weiter handeln. Wir können ihn also einstimmig ablehnen. Da die Heeresverwaltung uns etwas schuldig über die die Reich an andere Plätze verlegt, das ist eine andere Sorge.  
 Herr Ein. Oberbürger fragt an, was denn aus dem Antrage zu denken ist, der vor vier Wochen von den Stadtverordneten hinsichtlich der Bezahlung der Heilshöfen beschlossen worden ist. Ist der Magistrat ihm beigetreten?  
 Herr Oberbürgermeister Dr. Reil erklärt dem Herrn Vorsteher, darauf keine Auskunft geben zu können.  
 Herr Ein. Oberbürger wiederholt seine Forderung und rufft, als seine Auslösung erfolgt: „Das ist Standes, das ist ein Standes! Es etwas muß man hier bieten lassen, falls in der Zeit der Revolution!“  
 Der Herr Vorsteher Reil stellt fest, es könne nichts weiter tun, als bekanntgeben, daß der Magistrat die Antwort ablehne.  
 Der Antrag Emmer wird widerspruchslos angenommen. Es folgt eine gelassene Sitzung.

Welter amitt der Herr Vorsteher eine Zuschrift des Arbeiters- und Soldatenrats an den Magistrat bekannt. Es wird darin der  
 „Anspruch auf die freien frei gewordenen Stadtratsplätze (für Stadtrat Arbeiter und Stadtrat Greifer) erhoben, und zwar wird der Arbeiter- und Soldatenrat die Herren Heilshöfen, Kinnert und Tische durch die Verleite entgegen. Welter verlangt der Arbeiter- und Soldatenrat noch zwei weitere Mandate als Stadtratsplätze für sich, wobei er bemerkt, daß die Regierung in Merseburg ohne weiteres die Genehmigung würde.“

Denach tritt man in die Tagesordnung ein.  
 Es enthält nur uninteressante Punkte. Die Beschlüsse dazu tragen wir im Abendblatt nach.  
 Welterhalb der Tagesordnung wird nach einem Referate des Herrn Ein. Mandatsrat beschlossen, weiteres  
**hinführendes Stages,**  
 und zwar 5 und 10-Markstücke einschließlich der schon erwähnten 2 Millionen Mark. Es sind 10 Millionen Mark in 10 Millionen Mark ausgegeben. Zur Bezahlung führte der Referent aus, daß die Not in solchen Stellen namentlich an Roh- und Schichtstoffen weiter bestünde und daß anstehend das bedauerliche Geldmangel, veranlaßt durch die Weltwirtschaftliche, andauer.  
 Schließlich kam noch folgender Antrag der Herren Ein. Emmer und Gies:  
 Die Besammlung solle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, aus den Beständen der Heeresbeschaffungen im Halberstadt die Beschaffung für die Bezahlung der Stadt im Brand der Beschaffung: Reichlich zur Verfügung zu stellen und die Verhandlungen sofort in die Wege zu leiten.  
 Zur Bezahlung erhält das Wort Herr Ein. Emmer, der anspricht: Die ganze Sache auf dem Schicksal der Arbeiterzeitung heute, reichlich die Arbeiter und Bürger nicht aus, um das vorhandene Reichlich unterzubringen; man mußte es in den Adhokalen auf die Erde geben und einfallen. Das Reichlich ist jetzt, was das Heer nicht mehr die Menge braucht, so ulagen Verrenten. Die Stadt kann jedoch nicht darüber verfügen. Die Gefahr, das es verdrückt, besteht. Das darf aber nicht geschehen. In dieser Notwendigkeit bricht auch der eine einge Einwohnern zusammen, daß so in ganzen deutschen Reich die Lage hoffentlich sein soll. Die Verwertung jenes Reichliches für die Stadt kann auf kürzestem Wege durchzuführen

**Vermischtes.**  
 1. Die drohende Aussetzung des Elchs in Schweden. Die Regierung hat es mit sich gebracht, daß man in Schweden dem Elch nicht mehr nachsehen ist in früheren Jahren, so daß Gefahr besteht, daß das prächtige Geweih in manchen Gegenden vollkommen ausgerottet wird. In Barmund und in förmliche Treibjahren auf Elche veranlaßt. Jagdgesellschaften, die bis zu sechs oder sieben Mann betragen, gehen in Schweden durch den Wald und fischen alle Elche nieder, was ihnen nur die Büchse bringt. Man kann jetzt, daß alle Schwänen für die nächsten drei Jahre verboten werden.  
 Ein 3000 Jahre alter Schwert. Ein Schwert, dessen Alter man auf etwa 3000 Jahre schätzt, ist kürzlich an das Museum in Göteborg geschenkt worden. Die Klinge ist sehr gut erhalten, und beide Schneiden sind scharf. Der Griff ist hölzern bedeckt. Das Schwert wurde unter eigenständigen Umständen gefunden. Es hat nicht in einem Grab gelegen und ist auch nicht als Schatz oder Opfer verboten worden. Als man es fand, lag es ziemlich tief in der Erde.

Der Herr Vorsteher betont, daß für die Bezahlung der Stadtratsstellen des Stadtverordnetenkollegiums nach dem Rechte, das immer noch besteht, allein zuständig ist. Zunächst sollen die Beschlüsse der Besammlung, die angeht den Mandatsaufschüsse zugewiesen.  
 Es liegt dann eine dringende Anfrage des Herrn Ein. Balle und Gen. vor:  
 In Halle treffen in den nächsten Tagen große Truppenmengen ein, welche Maßnahmen hat der Magistrat getroffen, um die Stadt unterzubringen?  
 Antwort ist in der nächsten Sitzung gegeben werden.  
 Herr Ein. Gies stellt folgende Erklärung ab: Die Unterzeichneten haben sich zu einer neuen Session in der Stadtverordnetenversammlung zusammengesprochen, welche den Namen „Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei“ führt. Das auf den demokratischen